

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1991)

Heft: 3: Ein Jahr Moratorium : schwungvoller Beginn

Artikel: Energiefrieden : hält der Schwung?

Autor: Brunner, Conrad U.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586645>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Energiefrieden: Hält der Schwung?

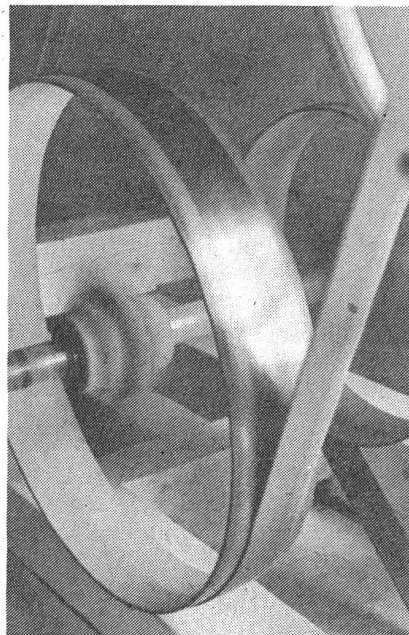
Trotz des angebrochenen Energiefriedens zwischen Bund und Umweltorganisationen, sind noch nicht alle Konflikte ausgeräumt. Das Aktionsprogramm «Energie 2000» sorgt zwar für neuen Wind in der bundesrätlichen Energiepolitik. Damit der Schwung aber auch 10 Jahre durchhält muss nach Ansicht der SES neben CO₂ auch die Atomenergie besteuert werden. Und die 10prozentige Leistungserhöhung der bestehenden AKWs, die die Elektrizitätswirtschaft plant, könnte den jungen Energiefrieden platzen lassen.

Ein erster grosser Schritt zur Aenderung der schweizerischen Energiepolitik ist mit dem Aktionsprogramm «Energie 2000» des Bundesrates getan. Die Abstimmungsergebnisse vom 23. September 1990 haben es deutlich gefordert: Energiesparen, Innovation fördern, Nuklearstopp und über Alternativen nachdenken. Die grosse Veränderung besteht darin, dass zum erstenmal mutig ein quantifizierbares (und damit jährlich überprüfbares) Ziel, die Stabilisierung des Energieverbrauches bis zum Jahr 2000, verlangt und in einer Koalition aller Bundesratsparteien auch unterstützt wurde. Damit ist auch eine neue Verhandlungsplattform geschaffen. Bundesrat, Energiewirtschaft, die Umwelt- und Konsumentenorganisationen verhandeln als gleichwertige PartnerInnen im Rahmen des Energiefriedens. Der Stilwechsel ist allenthalben – nicht nur in den Medien – sichtbar und spürbar geworden. Für unsere alten AktivistInnen, die KämpferInnen der ersten Stunde für eine bessere Energiezukunft, mag diese Veränderung fast unglaublich erscheinen. Wir halten den Energiefrieden nicht für ein leichtfertiges Lippenbekenntnis, sondern für eine allseitige Verpflichtung, die gesteckten Ziele mit allen guten Mitteln zu erreichen. Die

nun gewählten Aktionsgruppen und ihre Manager bieten Gewähr, dass im Energiesparen, im Fördern der alternativen Energie und auch im Privatverkehr neuer Wind wehen wird.

Neben CO₂ auch Atomstrom besteuern!

Die Mittel für die Organisation – Personal, Geld, Beauftragte Projektleiter – sind jetzt weitgehend bestellt, Bundesrat und Parlament müssen sie aber noch beschliessen und freigeben. Der Startschuss von «Energie 2000» im Februar 1991 und die Präsentation der Führungsmannschaft im Juli 1991 garantieren allein aber noch nicht, dass der Schwung der ersten Stunde 10 Jahre durchhält. Die weiteren Mittel für den notwendigen Investitionsplan sind noch nicht gesprochen: nicht nur die fossilen Energieträger müssen – wie vom Bundesrat erwogen – mit einer mindestens 22%-CO₂-Abgabe belastet werden und damit für ihre Umweltbelastung selber aufkommen; die elektrische Energie, mindestens aber die Nuklearenergie, muss analog belastet werden, da-



Jetzt läuft das energiepolitische Schwungrad. . .

mit nicht ein unerwünschter Substitutionsdruck vom mit Abgaben verteuerten Oel und Gas auf die unbesteuerter «billige» Elektrizität entsteht. Das Konzept einer allgemeinen Ressourcenbesteuerung auf allen Energieträgern und allen Schadstoffemittenten muss von den drei betroffenen Departementen Cotti, Stich und Ogi zügig vorangetrieben werden. Mit den Erträgen der Abgaben von insgesamt etwa 3 Milliarden Franken pro Jahr können nicht nur die internationalen Verpflichtungen der Schweiz im Umweltbereich und die Forschung und Entwicklung im Energiebereich, sondern auch der öffentliche Verkehr sowie gezielte Investitionen in Richtung erneuerbarer Energieproduktion und effizienter Energienutzung gefördert werden. Damit blieben immer noch etwa 1 Milliarde Franken pro Jahr für die Entlastung der Bundeskasse und damit auch für die Senkung der Steuerbelastung von Privaten und Betrieben. Der Einsatz der drei wirkungsvollsten marktwirtschaftlichen Mittel (Tarife, Abgaben und Investitionsförderung) muss die gesetzlichen Möglichkeiten des neuen Energienutzungsbeschlusses, der erst die technischen Vorschriften abdecken kann, ergänzen und verstärken.

Doppelter Lenkungseffekt

Die finanzielle Belastung der Energieträger fördert Sparinvestitionen; die Vergünstigung dieser Anlagen mit Investitionsbeiträgen ergibt einen doppelten Lenkungseffekt zur Beschleunigung der Entlastung unserer strapazierten Umwelt. Die dringende Harmonisierung der noch nicht marktgerechten Tarife für alle leitungsgebundenen Energieträger (Elektrizität, Gas, Fernwärme) nach den Empfehlungen des EVED aus dem Jahr 1988 schafft nötige Anreize, damit auch hier mittelfristig leichter in energiesparende Anlagen investiert werden kann. Erst damit werden die Lasten gerecht verteilt: Der Sparsame wird belohnt, der Verschwender wird belastet. Wer richtig investiert, hat nachher geringere Gesamtko-

sten aus Zins und Energie als vorher.

Die technischen Vorschriften des seit dem 1. Mai 1991 in Kraft gesetzten Energienutzungsbeschlusses und seiner kommenden Energienutzungsverordnung werden energetisch schlechte Geräte und Fahrzeuge baldmöglichst vom Markt verdrängen: Der veraltete Kühlschrank, der überdimensionierte Elektromotor, der übergewichtige 4-Rad-Personenwagen, die allesamt zwei- oder dreimal soviel Energie verbrauchen wie die heute erhältlichen marktbesten Geräte. Die Durchsetzung dieser Vorschriften wird kleine und grosse Energiekonsumenten von komplizierten Marktuntersuchungen entlasten und die Innovation der Wirtschaft für die Lancierung besser Qualitätsprodukte beflügeln. Die Erfahrung im Luftreinhaltebereich, bei Kesseln und Warmwasserspeichern, etc. zeigt, dass mit technischen Vorschriften die Marktentwicklung in die richtige Richtung gelenkt und wesentlich beschleunigt werden kann.

Die Ausgangsposition für die erneuerbaren Energien im Elektrizitäts- und Wärmebereich sind klar: technische und wirtschaftliche Fördermassnahmen müssen ihre unbestrittenen ökologischen Vorteile marktwirksam machen. Die noch unbezahlten externen Kosten müssen den fossilen und nuklearen Energien mittels Abgaben aufgeladen und damit die sauberen erneuerbaren Energien entlastet werden. Auf diese Art kann eine komplette einheimische Fotovoltaikproduktion mit Zellen, Elektronik und solaren Leichtfahrzeugen rascher aufgebaut werden. Die international führende Position der Schweiz in diesem Technologiebereich kann sich so günstig weiterentfalten. Der Marktdurchbruch der Technologien für die Nutzung der erneuerbaren Energiequellen ist erst durch Serienfabrikation möglich. Der Start dazu ist heute vorbereitet.

Konflikte: neue Lösungsmöglichkeiten

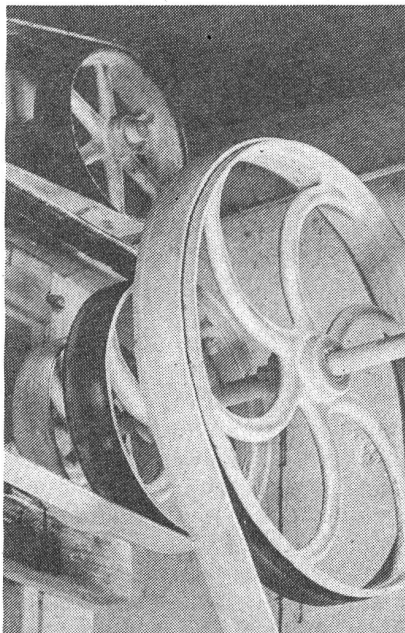
Nicht alle alten Konfliktthemen im Energiebereich haben sich nach

Erste Konferenz zur Nachsorge radioaktiver Abfälle

Im Rahmen der neuen Ansätze zu einer Entspannung der Energiepolitik in der Schweiz ist auch das «Back end» des radioaktiven Stoffflusses miteinzubeziehen, die radioaktiven Abfälle. Wissenschaftlich und gesellschaftlich werden sie unbestrittenermassen als Problem von grosser Tragweite wahrgenommen. So befasst sich denn auch das Aktionsprogramm «Energie 2000» des Bundesrats mit «Lösungen für Entsorgung KKW» (Uebersichtsplan, EVED, Februar 1991). Gerade auch beim «Back end» der AKW-Problematik sind Schritte in Richtung einer Entspannung («Energiefrieden») dirngend nötig. Mit einer «nationalen Konferenz» soll - auf Anregung der SES - erstmals in der Schweiz der Versuch einer breiten Auslegeordnung der Frage der radioaktiven Abfälle unternommen werden. Dabei «bedeutet Energiefrieden nicht einheitliche Meinungen aller Teilnehmer zu allen Fragen der Energiepolitik, wohl aber *Gesprächsbereitschaft*», wie es im «Aktionsprogramm» formuliert ist (s. 13). Gemeinsamkeiten und Differenzen sind herauszuschälen. Deren Bewertung und Lösungsvorschläge sind zu erarbeiten. Diese Ueberlegungen dienen einerseits der sachlichen Situierung der verschiedenen Ansätze und der Planung des weiteren Vorgehens, andererseits der Schaffung eines verbesserten Klimas unter den politischen Meinungsgruppen.

Halten wir fest, um Unklarheiten zu vermeiden: «Energiefrieden», das heisst, die *Suche* nach gemeinsamen Nennern für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik, steht nur deshalb auf dem politischen Tapet, weil das Volk am 23.9.90 den zehnjährigen AKW-Baustopp beschlossen hat, also den ersten Schritt zu einem Ausstieg aus der Atomenergie. Und genau vor diesem Hintergrund - und *nur* vor diesem - sind etwaige Verhandlungen zu führen. Aber: Ein solches erstes Treffen kann noch nicht *die* Lösung auf den Tisch bringen, es soll jedoch die Gelegenheit geben, den Anfang eines Prozesses auf der gemeinsamen Suche nach «Lösungen» zu markieren. Thomas Flüeler

der Abstimmung wie Zucker im warmen Wasser aufgelöst: Grundsätzliche Themen zur Nukle-



... und es darf nicht mehr zum Stillstand kommen.

arproblematik, zum Umweltverschleiss und zum internationalen Kontext harren der Lösung im Rahmen der 10-jährigen Denkpause. Mit neuen Methoden des Gesprächs, in einem Forum mit guter Vorbereitung und Moderation, mit kompetenten Verhandlungsdelegationen, die konfliktfähig zusammenarbeiten können, werden neue Vereinbarungen ausgehandelt werden können. Bisher sind drei Themen identifiziert und angesprochen worden: die Atommülllagerung wird in einer ersten Gesprächsrunde bereits im Spätherbst 1991 mit den Konfliktpartnern vorbereitet und soll im nächsten Jahr in einer weiteren Runde der Konsensfindung bearbeitet werden. Die Belastung der Alpengebiete mit neuen Wasserkraftwerken und zusätzlichen Hochspannungsübertragungsleitungen soll nach dem Ausgang der Abstimmung über die Gewässerschutzinitiative auf breiter Ebene angegangen werden, um die bisherige langwierige Einzelabschlachtung jedes Projektes vor

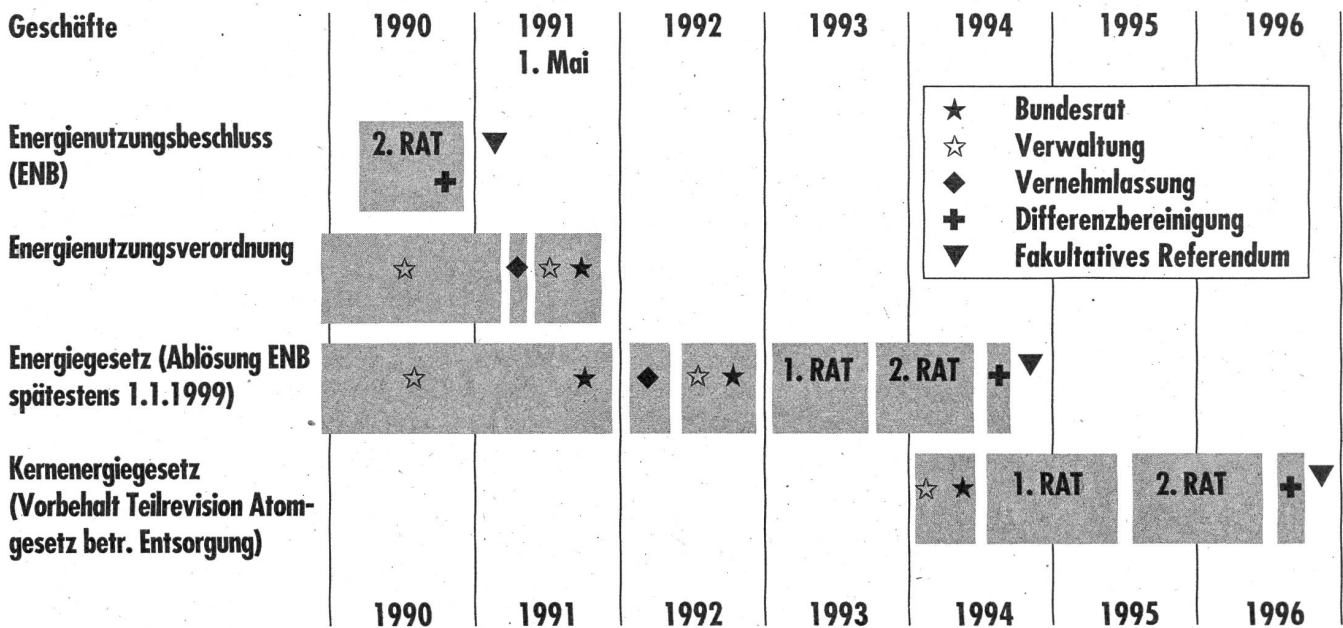


Tabelle: Zeitplan energiepolitischer Geschäfte (Quelle: Bundesamt für Energiewirtschaft, 11. Juni 1991)

Bundesgericht zu überwinden. Die Problematik der Stellung der Schweiz in einem Energieeuropa mit Energieimporten und -exporten, mit zwingenden EG-Vorschriften etc. muss in einer dritten Konfliktlösungsgruppe angegangen werden. Der Weg liegt vor uns.

Es besteht eine grosse Chance, mit neuen Gesprächsformen an Konflikte gesellschaftlicher Dimension heranzugehen, statt sie wie bisher zu verheimlichen, zu verniedlichen und die Konfliktparteien zu verketzern. In diesen Konfliktthemen stecken naturgemäss auch Fussangeln, wie z.B. die früher von der Elektrizitätswirtschaft geplante 10%-Leistungserhöhung der AKW, die den jungen Energiefrieden platzen lassen kann.

Die für 1992 anstehende Erneuerung der Betriebsbewilligung für das alte AKW Mühleberg in der Nähe von Bern kann zum Testfall der neuen Energiepolitik werden: Ohne konkrete Alternativen für seine Ablösung z.B. mit Gas-Wärmeerkraftkopplung werden mit grosser Wahrscheinlichkeit starke regionale Konflikte ausgelöst. Der Bundesrat als politische Entscheidungsinstanz wird gut daran tun, die

geforderte Leistungserhöhung der sicherheitstechnisch überholten Altanlage zu verweigern und den Betrieb höchstens für eine Ablösungsfrist von 10 Jahren zu genehmigen. «Energie 2000», sein Erfolg und Misserfolg, wird nicht zuletzt vom Entstehen einer neuen Konfliktkultur abhängen.

Energie 2001

Die wichtigste Aufgabe der Umweltorganisationen ist die langfristige Ueberwachung im Zusammenhang mit allen vom Menschen verursachten Belastungen unseres ganzen Planeten. Unsere konkrete Aufgabe im Aktionsprogramm «Energie 2000» erschöpft sich demnach noch nicht mit der tatkräftigen Unterstützung des Programms, der Mitarbeit in allen Aktions- und Konfliktlösungsgruppen, mit eigenen Projekten wie «Energiestadt» des WWF und «Energiekennzahl» der SES, etc. Unsere vornehmste Aufgabe besteht darin, ständig nach den Jahren danach (nach 2000), zu fragen und zu überlegen, ob die eingeleiteten Entwicklungen stimmen, ob sie genügen, ob sie unerwünschte Nebenwirkun-

gen haben und ob sie nicht allenfalls sogar angesichts bedrohlicher Verschlechterungen der Umwelt – verstärkt werden müssen.

Wir gehen heute davon aus, dass wir nach 2000 eine solide antinukleare Bewegung in der ganzen Bevölkerung haben, dass wir die Alpentäler nicht mehr weiter mit Grosskraftwerken zubauen und die Städte nicht mehr weiter mit Autoabgasen vermögen wollen. Die jetzt eingeleitete Nachfragestabilisierung aller Energieträger wird noch nicht genügen, die international gesteckten CO2-Entlastungsziele und den nuklearen Ausstieg zeitgerecht zu schaffen. Damit ist die «Entschwendungskampagne» für Europa erst im Anrollen: Noch immer ist die gesparte Energie die billigste und auch die umweltverträglichste Energie, und beim rohstoffarmen Land Schweiz die wichtigste Energiequelle, die uns bleibt. Das wird uns nicht aus der Verpflichtung entlassen, gerade im internationalen Kontext unseren Lebensstil im Sinne einer neuen Bescheidenheit längerfristig zu überprüfen.

Diese berechtigten langfristigen Zukunftssorgen und ökologischen

Beitrag der Umweltorganisationen zu Energie 2000

SES

- Koordination der Umweltorganisationen im Energiebereich
- Stromreport: Wegweisende Beispiele für rationelle Strom-Nutzung
- Sondernummer Haushaltgeräte: Energieverbrauch
- Seit 1989 zusammen mit WWF: Projekt Energiestadt: Beratung an Gemeindebehörden. 1991/92 Ausweitung auf Romandie mit Unterstützung des BEW geplant
- Seit 1991 Aufbau des Energienetzwerks: Info-Drehscheibe für Pers. u. Gruppen, welche auf Gemeindeebene aktiv sind / werden möchten
- Ende 91 Aktion «Berechnen eigene E-Kennzahl Wohnen und Arbeitsplatz»

WWF

- Seit 1989 Projekt «Energiestadt» zusammen mit SES
- Laufend Information und Animation zu den Themen Treibhaus / CO₂ und Gewässerschutz

SGU

- Studie «Treibhauseffekt und Treibhausgas-Verminderung»
- Wanderausstellung zur Klima- und Luftproblematik
- Wanderausstellung zum Gewässerschutz
- Sammlung zur Sanierung des Kraftwerks Muranzina als Alternative zur Nutzung des Rombachs (Münstertal)
- Aktivitäten zum Gewässerschutz

VCS

- Neuauflage der Auto-Umweltliste
- Gesamte Verbandspolitik zielt auf Energiesparen im Verkehrsbereich, Förderung des öV, Verla-

gerung der Güter auf die Schiene, Verminderung des Flugverkehrs, Ökobonus usw.

SBN

- Photovoltaik-Anlagen in den Gebäuden in den SBN-Schutzgebieten
- Gewässerschutz

NFS

- laufend Gespräche mit Umweltverbänden, Verwaltung und Wirtschaft über marktwirtschaftliche Instrumente (CO₂-Abgabe, Schwerverkehrsabgabe, Ökobonus usw.)

SOFAS

- Photovoltaik-Umsetzungsprogramm
- SOFAS-Kurse
- Richtlinien für den Bau von Kollektor-Anlagen
- Solarhaus-Broschüre

SSES

- Solar '91
- Verbandspolitik: Förderung aller neuen erneuerbaren Energien und Energiesparen

NWA

- Konzeptarbeiten im Rahmen der Sonnenenergie- und Energiespar-Initiative

Gemeinsam

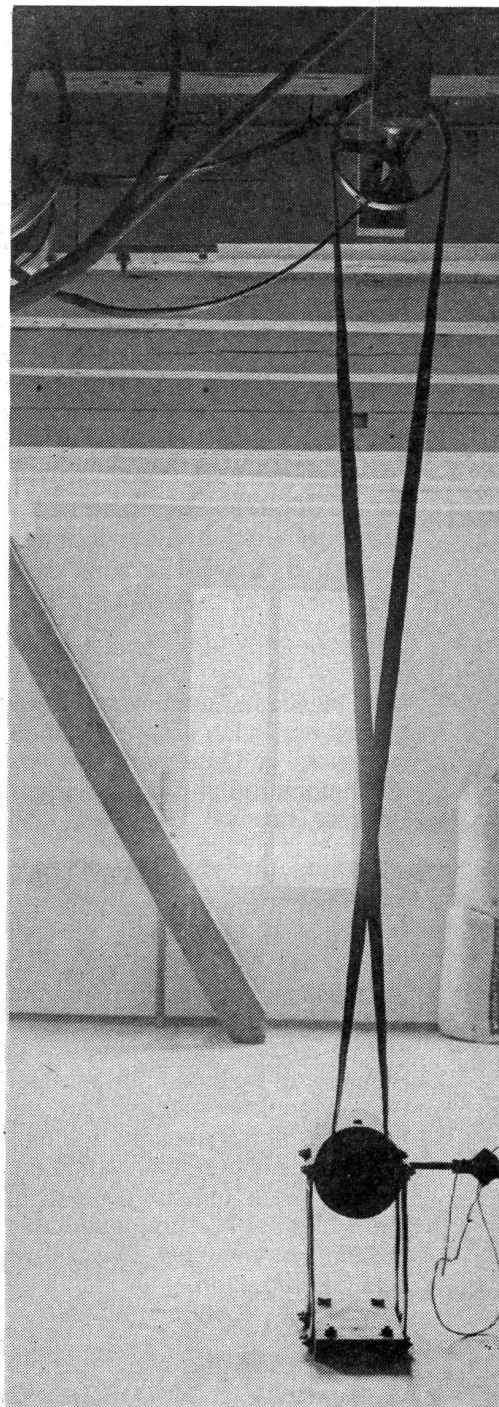
- verschiedene Umweltverbände und Hilfswerke planen gemeinsam eine auf individuelle Verhaltensänderung zielende Aktion «CO₂-Nullbilanz» mit den Elementen Selbstdeklaration, freiwillige Energieabgabe und CO₂-Minderungsmaßnahmen im In- und Ausland.

Anliegen aller Umweltorganisationen und vieler KonsumentInnen werden den Energiefrieden nicht gefährden. Sie müssen offen auf den Tisch gelegt und mit den anderen Teilnehmern von «Energie 2000» gemeinsam ausdiskutiert werden. Die längerfristige Denkweise der Umweltorganisationen hindert uns aber keineswegs daran,

hier und jetzt die nächsten 10 Jahre Energiepolitik aktiv mitzugestalten und «Energie 2000» auf allen Ebenen tatkräftig zu unterstützen

*Conrad U. Brunner**

Conrad U. Brunner ist Präsident der Schweizerischen Energie-Stiftung SES.



Licht und Schatten, Erfolg oder Misserfolg von «Energie 2000». Nutzen wir den Schwung.